

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammlnummer: 25 241
Post für Nachdruck: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 21. Januar 1921 bei tägl. wöchentlicher Aufstellung 100 Haus 1.50 Mk.
Wochensubskription für Monat Januar + März ohne Zeitungsgebühren
Einselnummer 15 Pfennig
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßgabe berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pfg. für 4 Wochen 1.00 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg. außerhalb 25 Pfg. die 30 mm breite Reklamazeile 200 Pfg. außerhalb 250 Pfg. Viertelzeile 10 Pfg. Ausw. Anzeigen gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38 42
Druck u. Verlag von Viesich & Reichardt in Dresden
Postfach-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Limbäcker
Johann-Georgen-Allee 8 Fernspr. 18777
Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche

Koffer
Einfachlein
Waffen-
haus Nr. 23

Konditorei Limberg
Prager Straße 10
Erstklassige Gebäcke u. Getränke
Große Auswahl in Zeitungen

Geflers Abschied von der Wehrmacht.

Fortsetzung der Statdebatte im Reichstage. — Rückgang des Einfuhrüberschusses im Dezember.

Deutschlands Heer wieder geachtet in aller Welt.

Berlin, 21. Jan. Reichswehrminister Dr. Gessler hat anlässlich des Rücktritts folgenden Erlaß an die Wehrmacht gerichtet:

Der Herr Reichspräsident hat mir auf meinen Antrag den Abschied bewilligt, und ich scheide mit dem heutigen Tage aus dem Amte. Fast acht Jahre habe ich die Ehre gehabt, an der Spitze des Reichswehrministeriums zu stehen. Es waren schwere Jahre, denn in ihnen war die deutsche Entlohnung nach dem Versailler Vertrag zu vollziehen. Wir konnten in diesen Jahren aber auch aufbauen und die geschlichen und obligatorischen Grundfragen für die junge deutsche Wehrmacht schaffen. Deutschlands Heer und Flotte sind wieder verwendungsfähig, im Inn- und Ausland geachtet. Dieses Ziel wäre nicht erreicht worden, hätte ich nicht in der hingebenden Arbeit aller Angehörigen der Wehrmacht eine so treue und unermüdbare Unterstützung gefunden. Dafür in dieser Stunde Dank zu sagen, ist mir Pflicht. Die beste Arbeit haben wir alle aus der großen militärischen Ueberlieferung, die zu pflegen ich mich berufen fühle, und besonders aus der Ueberzeugung, daß es Aufgabe des Soldaten ist, über alle Parteien hinweg, niemand auszuheben und niemand zusehe, nur dem Vaterland zu dienen. Etwas bin ich darauf, so lange Jahre Reichswehrminister gewesen zu sein, aber am stolzesten darauf, daß sich in den vergangenen Jahren ein festes Band des Vertrauens mit Offizieren und Soldaten, Beamten und Angehörigen knüpfte, daß, so hoffe ich, unzerbrechlich ist. Heer und Marine rufe ich zum Abschied zu: Deutschland über alles!

Der Reichswehrminister: gez. Dr. Gessler.

Gröners Antrittserlaß.

Der neue Reichswehrminister Gröner hat im Anschluß daran folgenden Erlaß ergehen lassen:

Durch das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten an die Spitze des Reichswehrministeriums berufen, habe ich heute die Amtsgeschäfte übernommen. In der festen Ueberzeugung, daß unsere gemeinsame Arbeit von rücksichtslosem gegenseitigen Vertrauen getragen sein wird, rufe ich allen alten und jungen Kameraden ein herzliches Glück auf zu.

Der Reichswehrminister.
gez. Gröner.

Berlin, 21. Jan. Der neue Reichswehrminister, Generalleutnant Gröner, hat heute vormittag die Amtsgeschäfte des Reichswehrministeriums übernommen. Gleichzeitig hat er die bisherige Reichswehrminister, Dr. Gessler, verabschiedet. Gröner hat bereits gestern sowohl mit dem Chef der Marineleitung, Admiral Zenker, als auch mit dem Chef der Luftfahrt, General von Richthofen, Rücksprache gehalten und mit ihnen grundsätzliche Fragen seines Ressorts behandelt.

Bei der Uebergabe der Amtsgeschäfte des Reichswehrministeriums durch Dr. Gessler an General Gröner waren die Abteilungsleiter des Ministeriums zugegen. Dr. Gessler verabschiedete sich mit herzlichen Worten, worauf sich Minister Gröner mit einer Ansprache vorstellte. Admiral Zenker hielt sodann als dienstältester Offizier die Abschiedsrede an Dr. Gessler.

Kein Geheimvertrag mit Bayern.

Berlin, 21. Januar. Zu der sozialdemokratischen „Entscheidung“ über einen angeblichen Geheimvertrag zwischen dem Reich und Bayern, der die Eventualität einer Selbstständigmachung Bayerns auf dem Gebiete der Wehrmacht ins Auge faßt, wird jetzt auch vom Reichsfinanzministerium erklärt, daß ein Geheimvertrag nicht existiert. Der Vorschlag in der Vereinbarung zwischen Reich und Bayern, wegen der Rückgabe der militärisch nicht mehr benutzten „Liegenschaften“ für die Eventualität der Wiedereinführung von Kontingentheeren, die, was dabei ausdrücklich betont wird, nur auf dem Wege der Verfassungsänderung möglich sein würde, hat lediglich juristische Bedeutung, und kann keineswegs dahin gedeutet werden, daß eine Wiedereinführung der Kontingentheere nun auch wirklich ins Auge gefaßt sei.

Das erste Dawes-Volljahr im Reichshaushalt.

Jeden überparteilich denkenden Deutschen, der von den Parlamentarierern allgemein tiefstufendes Interesse für große finanzielle und wirtschaftliche Fragen verlangen zu dürfen glaubt, muß es peinlich berühren, wenn er in den Berichten über Dr. Gesslers Finanzrede liest, daß das „hohe Haus“ gährende Lücken aufgewiesen habe. Bei uns in Sachen pflegt das Exposé des Finanzministers zum Staatshaushalt sich stets der gespannten Aufmerksamkeit des vollbesetzten Landtages zu erfreuen, und das gleiche hätte man auch bei den Darlegungen Dr. Gesslers über einen Reichshaushalt erwarten müssen, der von so fundamentaler Bedeutung ist, wie der vorliegende für 1921/22. Zwei besondere Gründe sind es, die diesem Reichshaushalt eine überragende Wichtigkeit verleihen, einmal der Charakter einer wahrhaft rigorosen Sparsamkeit, der ihm aufgeprägt ist, und zum anderen die Tatsache, daß darin zum ersten Male die Wirkung der Normaljahre des Dawesplanes in Erscheinung tritt. Bisher war die Erfüllung des Dawesplanes noch im Stadium einer gewissen „unnormalen“ Schonung, aber von jetzt an geht es hart auf hart, und die Auspressung des deutschen Volkes wird sich in völlig „normaler“ Weise jahraus jahrein vollziehen. Diese „Normaljahre“ haben den Sinn, daß Deutschland durch sie ganz und gar zum wirtschaftlichen Ironklausen seiner Glaubwürdigkeit gemacht wird; das ist buchstäblich richtig, da ein jährlicher 2½-Milliarden-Goldmarktribut mit jeder milderen Bezeichnung nicht richtig gekennzeichnet würde. Diese 2½ Milliarden setzen sich zusammen aus 800 Millionen Goldmark aus Zinsen von Eisenbahnobligationen, 300 Millionen aus Zinsen von Industrieobligationen, 200 Millionen aus der Beförderungsteuer und 1200 Millionen aus dem Reichshaushalt. Im laufenden vierten Dawesjahre beträgt der Beitrag aus dem Reichshaushalt nur 500 Millionen, so daß er also im ersten Dawes-Volljahre um 750 Millionen empornen wird bei gleichbleibender Belastung der übrigen, mit der Tributpflicht belegten Faktoren der deutschen Wirtschaft. Die Rechnung wird etwas erschwert durch den Umstand, daß Reichsfinanzjahre und Dawesjahre in den Terminen nicht zusammenfallen, da das Reichsfinanzjahr sich vom 1. April bis 31. März erstreckt, während das Dawesjahr vom 1. September bis zum 31. August reicht. Demnach ist der Reichshaushalt für 1921/22 durch die Daweszahlungen belastet mit einem fünfmonatlichen Anteil von 500 Millionen und einem siebenmonatlichen Anteil von 1250 Millionen Goldmark, das macht zusammen 955 Millionen. Der Etat für 1921/22 wird also, um die volle Belastung von 1250 Millionen durch alle zwölf Monate hindurch zu erreichen, noch eine weitere Bürde von 312 Millionen Goldmark auf sich nehmen müssen. Damit steht die deutsche Finanzgebarung und mit ihr die deutsche Gesamtwirtschaft, die ebenfalls 1250 Millionen Goldmark jährlich aufbringen muß, um mit dem Beitrag aus dem Reichshaushalt zusammen die 2½ Milliarden voll zu machen, vor einem entscheidenden Wendepunkt, der von allen verantwortungsbewußten Kreisen in Politik und Wirtschaft eine unzweideutige Klarstellung in dem Sinne fordert, daß der deutsche Wirtschaftsorganismus schlechterdings nicht imstande ist, eine so ungeheuerliche Schrupfung, wie sie noch niemals einem großen Kulturvolke auch nur annähernd in der Geschichte der zivilisierten Menschheit angedeutet wurde, zu ertragen.

In erster Linie muß verlangt werden, daß endlich einmal eine Gesamtsomme für die deutsche Reparationsschuld festgelegt wird. Dabei ist von vornherein festzusetzen, daß die von Poincaré im Verlaufe der letzten Budgetdebatte in der französischen Kammer abgegebene Erklärung völlig unhaltbar ist, wonach die Höhe der deutschen Schuld von der Reparationskommission am 22. April 1921 endgültig auf 132 Milliarden festgelegt worden sein soll. Dieser Bescheid ist durch die nachfolgende Inflationshochflut und durch den Dawesplan außer Kraft gesetzt worden. Der Umstand, daß der Dawesplan keine Endsumme enthält, bedeutet durchaus nicht etwa eine stillschweigende Zustimmung zu der von Poincaré aus vergeblichen Älten hervorgeholten Kommissionsentscheidung. Die Sache liegt vielmehr so, daß die Londoner Sachverständigen über die wirtschaftliche Untragbarkeit einer so ungeheuerlichen Gesamtsomme völlig eine Meinung waren, daß sie aber angesichts der Unmöglichkeit, damals mit Frankreich über die Festlegung eines angemessenen End-

Der steckengebliebene Friedenspakt.

Paris hofft noch auf Verständigung mit Amerika.

Angriffe des „Echo de Paris“ gegen Briand.

Paris, 21. Jan. Die Pariser Antwort auf die letzte Washington-Note, die heute durch den französischen Botschafter in Washington dem amerikanischen Staatsdepartement übergeben werden soll, wird, wie bereits hervorgehoben, auf die Verschiedenheit der Auffassungen und auf den Standpunkt der Pariser Regierung hinweisen, daß Frankreich als Völkerbundmitglied den in Genf eingegangenen Verpflichtungen Rechnung tragen müsse. Neben dem Hinweis auf die dadurch entstehenden Schwierigkeiten wird die Note gleichzeitig die Hoffnung ausdrücken, daß eine Verständigungslösung auf zwei gefunden werden wird, durch die die Tür für weitere Verhandlungen offengelassen werden könnte. Bei der Ueberreichung der Antwortnote wird der französische Botschafter mündliche Erläuterungen geben. Der Text wird sobald nach der Uebergabe veröffentlicht werden.

„Echo de Paris“ kritisiert heute unter der Ueberschrift „Briand in Verlegenheit“ recht lebhaft die französisch-amerikanischen Verhandlungen über einen Kriegsverzichtspakt. Das Problem, das man bei der Abfassung der nach Washington übermittelten französischen Antwort habe lösen wollen, sei gewesen, den Forderungen der Vereinigten Staaten zu widerstehen und sich dabei doch derart auszudrücken, daß der Pariser Regierung nicht vorgeworfen werden könne, die Verhandlungen abbrechen zu wollen. Im Grunde hätten die Vereinigten Staaten von Frankreich gar nichts gewollt und es sei nur die Schuld Frankreichs gewesen, wenn es durch seine unkluge Initiative die amerikanischen Forderungen vom

11. Januar herausgefordert habe, die es ablehnen müsse. Alle in Frage kommenden Lösungen seien für die Pariser Regierung von Uebel. Wenn durch Zufall die Verhandlungen doch zu einem Ergebnis führen sollten, so seien die mittel- und osteuropäischen Staaten, die Alliierten Frankreichs, in Gefahr, von dem Pakt ausgeschlossen zu werden. Wenn aber, wie es wahrscheinlich sei und wie es Briand im Grunde seines Herzens wünsche, das Unternehmen scheiterte, würden die französisch-amerikanischen Beziehungen, die seit einigen Monaten in ihrer traditionellen Herzlichkeit nahezu wiederhergestellt seien, Schaden leiden.

Für den Frieden.

Montre (Wisconsin), 21. Jan. Der Kommandeur der Amerikanischen Legion, Spafford, setzte sich für den Standpunkt der Amerikanischen Legion in Milwaukee ein, die ehemalige Angehörige des deutschen Heeres zu einem Bankett eingeladen hatten. Spafford erklärte, die Legion sei nicht für die Verewigung des Hasses da, sondern müsse der Welt mit der Förderung des Friedens vorangehen. (W.B.)

Belgien für Schwedens Sicherheitsvorschlag.

Genf, 20. Januar. Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht die bereits vor einigen Tagen eingetretene Note der belgischen Regierung zum Sicherheitsproblem. Die Note ist äußerst kurz gefaßt und bezieht sich mit der Feststellung, daß es erforderlich sei, den Berichtskattern des Sicherheitsausschusses neue Anregungen oder Richtlinien zu geben. Es wird ferner auf die Haltung der belgischen Regierung hingewiesen, wie sie in den Erklärungen des belgischen Delegierten Dr. Drouot vor der Abrüstungskommission und den Völkerbundskommissionen zum Ausdruck gekommen ist. Schließlich wird erklärt, daß die belgische Regierung mit dem Entwurf der schwedischen Regierung für einen allgemeinen Schieds- und Vergleichspakt einverstanden sei.